

LKV fordert Kooperation statt Konkurrenzkampf

Landtag Das Landesspital braucht eine akute Finanzspritze in Höhe von 2,5 Millionen Franken. Dieser Umstand dürfte heute im Landtag für eine heisse Diskussion sorgen. Am Wochenende hat sich nun auch noch der Krankenkassenverband dazu geäussert.

VON DORIS QUADERER

«Das Liechtensteinische Landesspital wird immer Geld kosten. Wie alle anderen staatlichen Spitäler in der Schweiz, welche Notfallleistungen, Palliativmedizin und geriatrische Leistungen anbieten, kann auch das Liechtensteinische Landesspital in diesen Bereichen nicht kostendeckend arbeiten», heisst es in einem Brief, den der Krankenkassenverband (LKV) am Wochenende an die Landtagsabgeordneten sandte. Von der Forderung gewisser Politiker aus den Oppositionsparteien, das Landesspital solle sich auf eine Nische konzentrieren, hält der LKV nichts. Schliesslich gebe es einen guten Grund, weshalb andere diese Nische eben nicht anbieten würden - sie seien halt schlicht unrentabel: «Wenn man das Liechtensteinische Landesspital zwingt - wie dies einige Politiker fordern - sich in einer Nische nur auf defizitäre Bereiche zu konzentrieren wie z. B. Palliativmedizin, Akutgeriatrie oder Notfallversorgung (365 Tage/24h), wird dies zwangsläufig dazu führen, dass noch mehr Steuergelder in ein staatliches Spital investiert werden müssen», stellt der LKV klar und findet: «In einem staatlich hoch regulierten und mitfinanzierten System wie dem Gesundheitswesen darf man im Grundsatz nicht zulassen, dass sich Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren.»

Konkurrenz für beide tödlich

In dieser verfahrenen Situation jetzt noch eine Lösung zu finden, wird schwierig werden. Für LKV-Ge-



Zwei sind einer zu viel - es sei denn, man arbeitet zusammen. (Fotos: ZVG)

schäftsführer Thomas Hasler gibt es nur noch einen Weg und der heisst Kooperation. Das Landesspital und die Medicnova müssten sich gemeinsam an einen Tisch setzen und über Kooperationsmöglichkeiten verhandeln. Wenn beide in diesem ohnehin schon zu kleinen Markt weiter auf eine Konkurrenzstrategie setzen, dann führe dies unweigerlich zu Kosten- und Mengenausweitungen. Damit einher gehe eine weitere massive Mehrbelastung der Prämien- und Steuerzahler. Ausserdem sei das Risiko sehr gross, dass am Ende bei-

de Spitäler ökonomisch nicht überleben könnten. Schliesslich gäbe es im Land schlicht zu wenig Patienten für zwei Spitäler mit breitem Grundversorgungsauftrag. Und Patienten aus der Schweiz und aus Österreich finden den Weg nur selten über die Grenze. Das sieht auch Medicnova-Verwaltungsratspräsident Hansjörg Marxer so. Wie er gestern gegenüber Radio L betonte, hätten wieder erste Gespräche stattgefunden. Er zeigte sich zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden werde.

Grundversorgung kostet

Minusgeschäft Akutgeriatrie

Das Landesspital will künftig die akutgeriatrische Abteilung ausbauen. Dort sollen ältere Menschen behandelt werden können, die oftmals auch mehrere Erkrankungen aufweisen. Die Nachfrage nach diesen Betten ist gross und wird aufgrund des demografischen Wandels noch steigen. Allerdings wird diese Abteilung die finanzielle Lage des Landesspitals nicht verbessern,

im Gegenteil: Laut Krankenkassenverband rechnet man im Moment mit einem Defizit (nicht KVG-Kosten) von rund 2000 Franken pro akutgeriatrischem Fall. Dies bedeutet, dass bei 165 Fällen, die das Landesspital im Jahr behandeln könnte, rund 330 000 Franken Defizit entstehen. Dieses wird der Staat zusätzlich zu 55 Prozent Anteil gemäss KVG tragen müssen.

Das Landesspital hat sich in den letzten Jahren nach dem negativen Volkentscheid über einen Spitalneubau nach der Decke gestreckt und die Strukturen angepasst. Mittlerweile ist es wieder soweit auf den Beinen, dass es eine solide Grundversorgung und einen Notfall anbieten kann. In den letzten Jahren hat es dabei sogar schwarze Zahlen geschrieben und jeweils einen Beitrag für Investitionen auf die Seite legen können. Das ist nun vorbei. Dass nun ehemalige Belegärzte des Landesspitals mit der 50 Millionen Franken teuren Medicnova-Privatkl. dem Landesspital das Wasser abgraben, kann man als freie Marktwirtschaft bezeichnen. Fakt ist, für eine funktionierende Grundversorgung hätte es diese Klinik definitiv nicht gebraucht, denn Spitäler gab es in der Region bereits genug. Fakt ist auch, dass sich die Aktionäre von der Medicnova eine Rendite erhoffen. Die Klinik hat also wenig Interesse daran, einen teuren 24-Stunden-Notfall, Palliativmedizin oder eine Akutgeriatrie zu betreiben. Denn das rentiert nicht.

Rosinen für die Medicnova?

Soll man jetzt also der Medicnova die Rosinen überlassen, während der Staat die Grundversorgung sicherstellt und sich beispielsweise auf diese Bereiche konzentriert, die eben nicht rentieren? Eine Nischenstrategie mit Fokus auf Geriatrie, wie sie von Politikern gefordert wird, wäre so eine Variante. Das wäre ein schlechter Deal für die Steuerzahler. Da könnte man sich dann zu-

Kommentar

Grundsatzdebatte



DORIS QUADERER

recht fragen, ob es nicht gleich besser wäre, dem Landesspital ganz den Stecker zu ziehen. Grabs würde unsere Patienten sicher gerne übernehmen, aber wohl kaum, ohne längerfristig Forderungen zu stellen. In Grabs wird derzeit für 137 Millionen das Spital ausgebaut. Da käme es sicher nicht ungelegen, wenn die Investitionskosten zumindest teilweise abgewälzt werden könnten. Wir stecken also in einer Zwickmühle. Nun könnten Vaduz und Bendern natürlich kooperieren. Das würde aber bedingen, dass die Medicnova sich nicht nur auf die rentablen Patienten konzentriert. Doch wer refinanziert denn den 50-Millionen-Bau und die laufenden Kosten in Millionenhöhe? Eben. Vielleicht müsste sich also nicht das Landesspital, sondern die Medicnova eine neue Strategie suchen. Schönheitschirurgie beispielsweise - das würde rentieren und man käme dem Landesspital nicht in die Quere. Die Familienmitglieder der Medicnova-Ärzte könnten sich trotzdem über eine Dividende freuen und der Staat hätte auch nichts mehr zu meckern. dquaderer@volksblatt.li

Aurelia Frick: «Das Thema liegt vielen Menschen im Land am Herzen»

Finanzbeschluss Zwei Millionen Franken soll der Landtag für die Feierlichkeiten zum Jubiläum für 300 Jahre Liechtenstein bewilligen. Nach der zähen Diskussion um die Hängebrücke, dürfte der Kredit heute im Landtag für heftige Diskussionen sorgen. Kulturministerin Aurelia Frick ist dennoch zuversichtlich.

VON DORIS QUADERER

Frau Frick, kommende Woche muss der Landtag über einen Finanzierungskredit in Höhe von 2 Millionen Franken für die Jubiläumsfeierlichkeiten «300 Jahre Liechtenstein» entscheiden. Rechnen Sie mit grosser Zustimmung?
Aurelia Frick: Die Feierlichkeiten rund um «300 Jahre Liechtenstein» sind schon seit Wochen ein Thema. Das zeigt, dass das Interesse sehr gross ist. Das Thema liegt vielen Menschen im Land am Herzen. Ja, ich glaube, dass am Ende die Zustimmung gross sein wird. Natürlich rechne ich auch mit einer Diskussion. Aber am Ende geht es um 300 Jahre Liechtenstein - es geht um unsere Geschichte, unsere Heimat, um uns ganz persönlich. Und es geht darum, dass wir das auch gemeinsam feiern dürfen.

Der DU-Abgeordnete Herbert Elkuch hat im letzten «Hoi Du» bereits angekündigt, einen Kürzungsantrag stellen zu wollen. Er findet die Feier zu teuer.

Tatsächlich müssen wir uns die Frage stellen: Wie viel ist es uns wert? Das ist wie beim eigenen Geburtstag. Wie viel will und kann ich für ein Jubiläum einsetzen? Dieses Jubiläum ist für längere Zeit das letzte in einer Reihe Jubiläumsfeierlichkeiten in Liechtenstein. Nach 300 Jahre Unterland (1999) und Oberland (2012) sowie 200 Jahre Souveränität (2006) ist die Begründung des Fürstentums vor drei Jahrhunderten als eine Art Krönung und in dieser Reihe als Abschluss zu sehen. Die nächsten grossen Jubiläen werden erst ab 2049 wie-

der stattfinden. Es ist also etwas ganz Besonderes und Einmaliges, dass wir im 2019 gemeinsam feiern dürfen. Ich finde, in diesem Zusammenhang könnte man sich sogar fragen, ob 2 Millionen nicht zu wenig sind.

Mit diesen 2 Millionen Franken sollen unter anderem Events finanziert werden, welche entlang des Jubiläumsweges stattfinden sollen. Nun steht aber der Jubiläumsweg selbst auf der Kippe. In den Gemeinden Vaduz und Balzers wurde das Referendum gegen das «verbindende Element», die Hängebrücke zwischen Nendeln und Planken, ergriffen. Ohne Hängebrücke gibt es auch keinen Weg. Was also, wenn im Oktober die Stimmbürger Nein sagen? Sowohl die Vorsteher wie auch die Regierung kämpfen für die Jubiläumsbrücke und auch für den Jubiläumsweg. Es geht schliesslich um viel mehr, als um den Bau einer Brücke. Es geht um 300 Jahre Liechtenstein, darum dass wir ein Zeichen setzen, dass Land und Gemeinden zusammen ein Projekt realisieren können. Wenn die Stimmbürger in einer oder beiden Gemeinden Nein sagen, ist auch das ein Zeichen. Es liegt dann in der Hand der Gemeinden zu entscheiden, wie sie sich beteiligen wollen.

Wäre es nicht schlauer gewesen, die Regierungsvorlage erst dem Landtag vorzulegen, wenn klar ist, ob der Jubiläumsweg gebaut werden kann? Im Septemberlandtag wird der Finanzbeschluss über 2 Millionen Franken behandelt. Damit möchte das Land die Programmschwerpunkte und Feierlichkeiten während des Ju-



Aurelia Frick: «Ich finde, in diesem Zusammenhang sollte man sich sogar fragen, ob 2 Millionen Franken nicht zu wenig sind.» (Foto: Michael Zanghellini)

biläumsweg zahlen. Die Gemeinden sind verantwortlich für den Jubiläumsweg und die Jubiläumsbrücke - inhaltlich und finanziell. Was mit dem Jubiläumsweg und der Jubiläumsbrücke passiert, ganz egal, wie die Abstimmungen ausgehen, entscheiden die Gemeinden. Da es im Landtag de facto nicht um den Jubiläumsweg samt Brücke geht, macht es keinen Sinn, die Abstimmungen abzuwarten. Eine Verschiebung der Regierungsvorlage hätte eine Verzögerung von mindestens drei Monaten zur Folge. Wir wollen aber, dass die Organisation der Feierlichkeiten so zügig wie möglich weitergeht.

Das Motto lautet «HEUTE mit den Erfahrungen von GESTERN über das MORGEN» nachdenken. Wie konkret soll über das MORGEN nachgedacht werden?

Je konkreter desto besser. Je mehr Menschen mitdenken und mitgestalten, desto besser. Eines der Projekte

im Gefäss MORGEN heisst «Mein Liechtenstein 2039». Alle dürfen einen Blick in die Zukunft wagen, sie dürfen Visionen schildern, sie dürfen Fragen stellen und kritisch sein. Im Alltagsstrudel fällt es uns oft schwer, in Generationen zu denken. Genau das müssen wir aber tun.

In einem Interview haben Sie gesagt, dass Sie mit «virtual» oder «augmented reality» arbeiten wollen. Was genau schwebt Ihnen da vor?

Ich weiss, dass es heute fantastische Möglichkeiten gibt, um Geschichte digital erlebbar und zugänglich zu machen. Ich war kürzlich in einem Museum, wo mit «augmented reality», das heisst mit einer erweiterten Realität, gearbeitet wird. Da kann man beispielsweise sein Handy oder ein Tablet auf das Bild eines Dinosauriers halten und auf dem Display beginnt er sich zu bewegen, gleichzeitig kann man Informationen dazu lesen.

Da können Kritiker dann wie bei der Hängebrücke fragen: «Braucht es das?»

Ja, das können sie fragen und wir können uns fragen, was wir in einem souveränen Land wie Liechtenstein überhaupt brauchen. Dann wird man feststellen, dass es unsere Gemeinschaft ist, die das Land zusammenhält. Unsere gemeinsamen Geschichten und unsere gemeinsame Zukunft. Es ist unglaublich schade, dass immer häufiger Ideen und Projekte aus Prinzip, ohne wirkliche Kenntnis abgelehnt werden. Diese Tendenz hemmt Innovation. Keine Innovation bedeutet Rückschritt.

Wenn wir grad beim «Braucht es das?» sind, diese Frage kann man sich auch beim TAK Theater in Schaan stellen. Als Kulturministerin beantragen Sie im Septemberlandtag für das TAK einen Jahresbeitrag von 2,1 Millionen Franken. Auch eine stattliche Summe.

Sie fragen mich als Kulturministerin und als Person Aurelia Frick jetzt nicht im Ernst, ob wir das TAK brauchen, oder?

Nun, wenn man die Beiträge, die die Gemeinden ans TAK zahlen auch dazurechnet, dann wird jede Eintrittskarte mit rund 100 Franken subventioniert. Das ist doch eine stattliche Summe.

Wie viel kostet ein Kunstrasenplatz? Wie viel ein Quadratmeter Strasse? Wie viel ein Telefonanschluss? Diese Pro-Kopf-Diskussionen dürfen wir nicht führen, sie führt uns nirgendwo hin: Die Ausgaben des Landes sind so vielfältig wie Menschen in Liechtenstein, und so muss es auch sein.